

Niederschrift
über die Sitzung des Schulausschusses
am 18.05.2011, 17.30 Uhr, im Ratssaal des Rathauses,
Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Anwesende Mitglieder des Schulausschusses:

<u>Ratsmitglieder:</u>	RM Maus (CDU), AVors. RM Schultheis (SPD), stellv. AVors.
Von der SPD:	RM Zimmermann, RM Lindner, RM Dickmeis RM Medic
Von der CDU:	RM Graff, RM Lennartz (Vertreter für RM Dr. Herzog)
Von Bündnis 90/Die Grünen:	RM Pieta

Sachkundige Bürger (stimmberechtigt):

Von der SPD:	Frau Werner, Frau Kirschvink, Frau Rehahn
Von der CDU:	Herr Kamps
Von der FDP:	Frau Göbbels
Von der UWG:	Frau Olbrich

Sachkundige Einwohner:

Vertreterin des Kinderschutzbundes:	Frau Kaleß
Vertreter der evang. Kirche:	-
Vertreter der kath. Kirche:	-
Vertreter der städt. Schulen:	Schulleiterin Silbernagel (RS Patternhof), Schulleiter Meuter (Grundschulen), Schulleiter Rott (Hauptschulen), Schulleiter Dr. Mersch (Gymnasium), Schulleiter Niehoff (Gesamtschule) Schulleiter Schnitzler (Vertreter der Schulleiterkonferenz)

<u>von der Verwaltung:</u>	Frau Seeger, AL'in 40 Frau Siemens, 40 Herr Kamp, I/RF
----------------------------	--

Gäste:

Frau Brettnacher, AL'in 51

<u>Schriftführerin:</u>	Frau Schüller-Hündgen, 40
-------------------------	---------------------------

<u>Entschuldigt fehlten:</u>	Pfarrer Josef Wienand Stv. Schulleiter Bartholomè
------------------------------	--

AVors. Maus begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Presse sowie der Verwaltung und eröffnete die Sitzung.

Er stellte fest, dass mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend war und dass die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden Sachkundigen Bürger überstieg. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war somit gegeben. Er stellte weiterhin fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgte. Da keine Änderungswünsche zur Tagesordnung bestanden, wurde die Tagesordnung in nachfolgender Reihenfolge beraten:

Tagesordnung für die Sitzung des Schulausschusses am 18.05.2011

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung einer Niederschrift
2. Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes – Ortsverband Eschweiler e.V.
– auf einen städtischen Zuschuss für die Betreuung von Grundschulkindern
an fünf Grundschulen im Schuljahr 2011/12 **VV 060/11**
3. Einführung von Schuleinzugsbereichen für Eschweiler Grundschulen **VV 120/11**
4. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Eschweiler Schulen
VV 096/11
5. Projekt SOR – SMC: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ **VV 357/10**
6. „Pilotprojekt vor dem Anfang starten. Junge Menschen entwickeln
Erziehungskompetenz“- Projekt der Willi-Fährmann-Schule **VV 121/11**
7. „Check your kid“ – Aktion des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes NRW zur Förderung der Vorsorgeunter-
suchungen bei Kindern **VV 055/11**
8. „Bildung ernst nehmen – Hauptschülern eine Perspektive geben“
Antrag der Jungen Union Eschweiler vom 28.03.2011 **VV 122/11**
9. Anfragen und Mitteilungen
 - 9.1 Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg mdl.
 - 9.2 Fragenkatalog der UWG Stadtratsfraktion mdl.
 - 9.3 Über-Mittag-Angebote an der Willi-Fährmann-Schule mdl.
 - 9.4 „Lesen erleben im Indeland“ – Projekt an der Willi-Fährmann-Schule mdl.
 - 9.5 Zustimmung der Bezirksregierung Köln über die Auflösung der GHS Dürwiß mdl.
 - 9.6 Auswirkungen des Bildungs- und Teilhabepaketes des Ministeriums für Arbeit, Inte-
gration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mdl.

B) Nichtöffentlicher Teil

1. Genehmigung einer Niederschrift
2. Qualitätsanalyse mdl.
3. Anfragen und Mitteilungen
- 3.1 Sachstandsbericht - mdl.
- 3.2 Personalangelegenheit mdl.

A) Öffentlicher Teil:

A 1) Genehmigung einer Niederschrift

SkB Olbrich merkte an, dass in der Niederschrift vom 24.11.2010 das Thema Budgetierung an Schulen auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei. Sie informierte den Ausschuss, dass z.B. das Goethegymnasium in Stolberg seine Budgetierung eigenverantwortlich durchführe.

StVR`in Seeger erklärte, dass dies bereits durch SL Dr. Mersch der Verwaltung mitgeteilt worden sei und derzeit geprüft werde, ob dieses System NKF-kompatibel sei.

Die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 24.11.2010 wurde einstimmig genehmigt.

A 2) Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes – Ortsverband Eschweiler e.V. – auf einen städtischen Zuschuss für die Betreuung von Grundschulkindern an fünf Grundschulen im Schuljahr 2011/12 VV 060/11

SkB Göbbels bemerkte, dass auf der Vorlage das falsche Abstimmungsergebnis des Stadtrates vermerkt sei.

LStRD Kamp erklärte, dass die Originalvorlage bereits korrigiert sei.

Der Schulausschuss nahm die Ausführungen des Sachverhaltes zur Kenntnis.

A 3) Einführung von Schuleinzugsbereichen für Eschweiler Grundschulen VV 120/11

StVR`in Seeger informierte, dass in der Verwaltungsvorlage fälschlicherweise die Beschlussfassung durch den Stadtrat aufgeführt sei. Dies sei ein rein technischer Fehler und werde auf der Originalvorlage nachträglich gestrichen.

RM Schultheis erläuterte, dass die Landesregierung den Schulträgern die Möglichkeit eingeräumt habe, Schuleinzugsbereiche zu bilden. Er informierte den Schulausschuss darüber, dass die SPD-Fraktion in der Einführung der Schuleinzugsbereiche eine höhere Planungssicherheit für den Schulträger sehe und schlug vor, bevor der Stadtrat einen entsprechenden Beschluss fasse, die Stellungnahmen der Grundschulen in einem außerplanmäßigen Schulausschuss vorzubereiten.

LStRD Kamp teilte mit, dass die Verwaltung in jedem Fall die Stellungnahmen der Grundschulen einholen werde. Problematisch sei jedoch die zeitliche Umsetzung. Die Grundschul-

leiter hätten den 27.09.2011 als letzten Tag der schriftlichen Anmeldung vorgesehen. Der Stadtrat tagte am 28.09.2011, so dass die Entscheidung des Rates erst nach dem letzten Anmeldetag vorliegen würde. **LStRD Kamp** fragte an, ob es möglich sei die Anmeldefrist zu verschieben, da der Verfahrensschluss zur Anmeldung an den Grundschulen seitens der Landesregierung auf den 15.11.2011 datiert sei.

SL Meuter kritisierte diesen verkürzten Zeitablauf. Eine Verschiebung der Termine in Eschweiler würde das Anmeldeverfahren zu weit hinauszögern. Nach den Erfahrungswerten der letzten Jahre sei davon auszugehen, dass zum ersten Termin der Anmeldung nicht alle Eltern erscheinen und die letzten Anmeldungen häufig erst nach dem 2. oder sogar 3. Erinnerungsschreiben erfolgten. Daher sei der vorgegebene Zeitrahmen der Anmeldung aus seiner Sicht erforderlich und nicht zu verkürzen.

SL Schnitzler merkte an, dass den Eltern immer eine gewisse Vorlaufzeit vor der Anmeldung gegeben werden müsse. Es sei wichtig, den Eltern die Anmeldetermine in den Sommerferien oder spätestens in der ersten Schulwoche durch ein Schreiben der Verwaltung anzukündigen. Dies müsse bei der Terminierung der Sondersitzung des Schulausschusses berücksichtigt werden.

AVors. Maus stimmte SL Schnitzler und SL Meuter zu, dass der Zeitplan sehr knapp bemessen sei.

Der Ausschuss stimmte dem nachstehenden geänderten Beschlussentwurf einstimmig zu.

„Die Verwaltung wird beauftragt, die in dieser Verwaltungsvorlage vorgenommene Sachverhaltsdarstellung zum Thema „Einführung von Schuleinzugsbereichen in Eschweiler“ allen Eschweiler Grundschulen zur Meinungsbildung zur Verfügung zu stellen und nach vorheriger Beratung in einer Sondersitzung des Schulausschusses unter Berücksichtigung der eingehenden Stellungnahmen der Schulen dem Stadtrat einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.“

A 4) Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Eschweiler Schulen

VV 096/11

RM Schultheis bat darum, dass nach Ergänzung des fehlenden Datenmaterials, bezüglich der Darstellung von Schülern mit Migrationshintergrund an Eschweiler Schulen, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Integrationsrat über die Auswirkungen der vorgelegten Daten beraten werden sollte.

SkB Kaleß ergänzte, dass aus Ihrer Sicht wesentlich mehr Kinder mit Migrationshintergrund in den Betreuungseinrichtungen zu verzeichnen seien, als in dieser Vorlage für die Schulen aufgeführt seien.

In diesem Zusammenhang erklärte **SL Meuter**, dass an der Eduard-Mörke-Schule der Anteil der tatsächlichen Ausländer, gegenüber dem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, geringer ausfiele.

StVR`in Seeger erläuterte, dass die Zahlen in der Verwaltungsvorlage aufgrund der amtlichen Schulstatistik zusammengestellt worden seien. In dieser Statistik werde lediglich zwischen Ausländern und Aussiedlern unterschieden. Die statistische Auswertung über die Zuwanderungsgeschichte der Schüler zähle nicht zu den Daten, die dem Schulträger bislang zur Verfügung gestellt wurden. Diese Auswertung der einzelnen Schulen wäre aber erforderlich, um die Verwaltungsvorlage zu komplettieren. Die Daten wurden bei Herrn Schulrat Funk angefordert. Der Schulrat habe diese Anfrage an das Landesamt für Datenverarbeitung weitergeleitet.

RM Schultheis schlug vor über das Thema gemeinsam mit dem Integrationsrat in dessen Ausschusssitzung am 12. Oktober 2011 zu diskutieren.

Der Schulausschuss nahm die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis und stimmte nachfolgendem ergänztem Beschluss einstimmig zu:

„Nach Diskussion und Ergänzung des Datenmaterials soll das Thema in einer gemeinsamen Sitzung des Integrationsrates und des Schulausschusses weiterverfolgt werden.“

A 5) Projekt SOR – SMC: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

VV 357/10

RM Schultheis lobte das Projekt und teilte mit, dass die SPD-Fraktion anrege dieses Projekt im Schulzentrum Stadtmitte nach dem Zusammenschluss mit der GHS-Dürwiß weiterzuführen.

LStRD Kamp informierte den Schulausschuss, dass das Projekt auch in der letzten Schulleiterkonferenz thematisiert worden sei.

Die Ausführungen des Sachverhaltes wurden zur Kenntnis genommen.

A 6) „Pilotprojekt vor dem Anfang starten. Junge Menschen entwickeln Erziehungskompetenz“- Projekt der Willi-Fährmann-Schule

VV 121/11

Der Schulausschuss nahm die Ausführungen des Sachverhaltes zur Kenntnis.

A 7) „Check your kid“ – Aktion des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW zur Förderung der Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern

VV 055/11

Die Ausführungen des Sachverhaltes wurden durch den Schulausschuss zur Kenntnis genommen.

**A 8) „Bildung ernst nehmen – Hauptschülern eine Perspektive geben“
Antrag der Jungen Union Eschweiler vom 28.03.2011**

VV 122/11

SL Rott stellte zunächst fest, dass er und auch **SL in Schultes-Zartmann** grundsätzlich den Antrag der Jungen Union Eschweiler positiv sehen. Er sehe jedoch Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Durchsetzung des Vertrages mit den Schülerinnen und Schülern. Es sei zu klären, ob 15-Jährige überhaupt einen rechtsgültigen Vertrag abschließen dürften. Die Fehlzeiten der Schüler ließen sich nur schwer prüfen und es sei den Schülern selbst sehr häufig in der Klasse 9 noch nicht klar, wie ihr Berufswunsch aussehe. Der Begriff der Zusatzstunden, die die Schüler nach dem Vertrag gemeinnützig zu leisten hätten, sei nicht genau definiert und es sei fraglich, ob diese während der Schulzeit überhaupt geleistet werden könnten. Bezüglich der vertraglich geforderten Praktika sei zu erwähnen, dass diese häufig sogar abgebrochen würden.

SKB Göbbels ging in vielen Punkten mit SL Rott konform. Als Lehrerin am Berufskolleg in Alsdorf sehe sie jedoch auch immer wieder Erfolge, dass Schüler nach dem Praktikum einen Ausbildungsplatz im gleichen Betrieb erhalten würden.

RM Schultheis bedankte sich für die sachliche Diskussion. Er sehe das „Gevelsberger Modell“ lediglich als Vorschlag und bemerke die Probleme in den Detailfragen zur Umsetzung des Vertrages.

SkB Pieta schlug vor aus dem vorliegenden Modell ein „Eschweiler Modell“ zu entwickeln. Denn in den Eschweiler Schulen würden bereits zahlreiche, erfolgreiche Projekte zur Berufswahlorientierung der Schülerinnen und Schüler angeboten.

LStRD Kamp führte aus, dass die Rückläufe über die Berufswahlorientierung aus den Schulen bereits dem Schulträger vorlägen. Diese müssten allerdings noch ausgewertet werden und würden im nächsten Schulausschuss zur Kenntnis gegeben.

RM Schultheis beantragte die Änderung der Beschlussvorlage dahingehend, dass der Schulträger den Schulausschuss in der nächsten Regelsitzung im November über die in den Eschweiler Schulen laufenden Projekte und Bemühungen zur Berufswahlorientierung informieren solle.

Der Ausschuss stimmte dem nachstehenden geänderten Beschlussentwurf einstimmig zu.

Die Sachverhaltsdarstellungen werden zur Kenntnis genommen.

„Die Verwaltung wird in der nächsten Schulausschusssitzung die in den Eschweiler Sekundarschulen laufenden Projekte und Bemühungen zur Berufswahlorientierung bekannt geben.“

A 9) Anfragen und Mitteilungen

A 9.1) Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg

RM Graff erkundigte sich nach dem Stand der Einführung einer Gesamtschule in Stolberg und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Eschweiler Schullandschaft.

StVR`in Seeger verlas den am 17.05.2011 durch den Schulausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und Stadtrat der Stadt Stolberg gefassten Beschluss. **(Anlage 1)**.

LStRD Kamp führte aus, er sehe durch die Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg keine dramatischen Auswirkungen auf die Schülerzahlen der Gesamtschule in Eschweiler.

SL Niehoff führte aus, dass durchschnittlich 30 – 34 Kinder aus Stolberg in die 5. Jahrgangsstufe an der Gesamtschule Eschweiler aufgenommen würden. In diesem Schuljahr seien es ausnahmsweise 54 Schüler gewesen.

RM Schultheis informierte den Ausschuss darüber, dass die SPD-Fraktion den Beschluss der Stadt Stolberg begrüße. Es gebe generell einen hohen Zulauf zur Gesamtschule in Eschweiler, so dass es in jedem Jahr aus Kapazitätsgründen zu Abweisungen kommen müsse.

RM Graff äußerte seine Besorgnis darüber, dass bedingt durch die Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg, schließlich die Anmeldezahlen im Schulzentrum Stadtmitte zurückgehen könnten.

A 9.2) Fragenkatalog der UWG Stadtratsfraktion

SkB Olbrich bat um Mitteilung des aktuellen Sachstandes zum Fragenkatalog aus der Niederschrift der Ausschusssitzung vom 24.11.2011. Dieser wird nachfolgend dargestellt:

1. Die Mädchen-WC-Anlage der KGS Röhe ist fertig gestellt.
2. Der Bauzeitenplan für das Schulzentrum Stadtmitte wurde, wie in der Schulausschusssitzung vom 27.01.2011 besprochen, in den beiden Hauptschulen ausgehängt.
3. Die Mensa der Realschule Patternhof wird derzeit errichtet und voraussichtlich zum Jahresende fertig gestellt.
4. Die Sanierungsarbeiten für das alte Schulgebäude der KGS Bergrath sind abgeschlossen.
5. Der Austausch der Holzfenster an der KGS Eduard-Mörrike-Schule wird in den Sommerferien 2011 erfolgen.
6. Die Brandschutzmaßnahmen an der KGS Dürwiß werden weiterhin umgesetzt. Die Teilerneuerung der Fenster ist für die Sommerferien vorgesehen.

A 9.3 Über-Mittag-Angebote an der Willi-Fährmann-Schule

StVR`in Seeger stimmte **SkB Kaleß** zu, dass es zurzeit keine Über-Mittag-Betreuung und keinen Ganztagsbetrieb an der Willi-Fährmann-Schule gebe, obwohl räumliche Möglichkeiten dazu vorhanden seien. Dies lege maßgeblich an der Schulleitersituation der Schule. Zurzeit entwickle die Schule Konzepte zur Nutzung der neuen Lehrküche und der künftigen Mensa.

A 9.4) „Lesen erleben im Inland“ –Projekt an der Willi-Fährmann-Schule mdl.

StVR`in Seeger informierte den Schulausschuss darüber, dass der Kinderbuchautor, Musiker und Dr. der Anglistik Chris Boge im Rahmen des Leseförderprojektes „Lesen erleben im Inland 2011“ an der Willi-Fährmann-Schule am 06.07.2011 in der Zeit von 08:30 bis 10.00 Uhr eine Lesung halte.

A 9.5) Zustimmung der Bezirksregierung Köln über die Auflösung der GHS –Dürwiß mdl.

StVR`in Seeger unterrichtete den Ausschuss darüber, dass die Bezirksregierung Köln dem Antrag über die Auflösung der GHS-Dürwiß antragsgemäß zum Schulhalbjahreswechsel 2012/13 zugestimmt habe.

A 9.6) Auswirkungen des Bildungs- und Teilhabepaketes des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mdl.

StVR`in Seeger teilte dem Ausschuss mit, dass alle Schulen allgemeine Informationen zum Thema „Bildungs- und Teilhabepaket gem. § 28 SGB II“ erhalten hätten.

Sie führte aus, dass es konkret um folgende Leistungen gehe:

- Übernahme der Kosten für eintägige oder mehrtägige Klassenfahrten oder Ausflüge.
- Schulbedarfspaket (eine Pauschale von insgesamt 100 Euro erhielten alle Kinder i.d.R. antragsunabhängig für die Anschaffung von Ranzen, Sportzeug, Unterrichtsmaterial p.p.).
- Schülerbeförderungskosten würden nur in absoluten Ausnahmefällen in NRW gewährt, da die Schülerfahrtkostenverordnung hier vorrangig zugrunde gelegt würde.
- Lernförderung
- Zuschuss zum Mittagessen, falls das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ nicht über den 01.08.2011 weiter fortgeführt werde.

- Teilhabe am sozialen Leben in Höhe von 10 Euro pro Monat für Vereins-, Kultur- oder Ferienangebote, Musikschulangebote.

StVR`in Seeger berichtete, dass bis zum 17.05.2011 bei der Städteregion, von ca. 22.000 anspruchsberechtigten Personen, 3552 Anträge auf v.g. Leistungen eingegangen seien.

Weitere Anfragen und Mitteilungen lagen nicht vor. **AVors. Maus** bedankte sich bei den Vertretern der Presse und den Gästen und schloss den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung um 18.50 Uhr.

Anlagen

Beschlussvorschlag der Stadt Stolberg
zur Einrichtung einer Gesamtschule

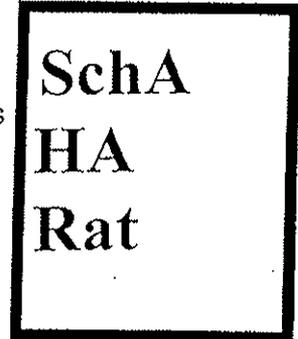
Stadt Stolberg (Rhld.)
FB 3/40

öffentlich nichtöffentlich

Datum 04.05.2011	Drucksache-Nr.
---------------------	----------------

VORLAGE

für die Sitzung des Schulausschusses, Hauptausschusses/Rates
am 17.05.2011
Tagesordnungspunkt Nr. A 1
Betreff: Schulentwicklungsplanung
- Maßnahmenkonzept -



a) Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss beschließt, Hauptausschuss und Rat zu empfehlen, folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1) Der durch die Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, erstellte Schulentwicklungsplan wird in der vorgelegten Ausführung genehmigt und beschlossen.
- 2) Die Stadt Stolberg errichtet auf der Grundlage der anlassbezogenen Schulentwicklungsplanung zum Schuljahr 2012/2013 eine Gesamtschule mit einem vierzügigen Einschulungsjahrgang. Standorte hierfür werden die Realschule I, Walther-Dobbelmann-Straße und die Gutenberg-Schule, Sperberweg. Abhängig von der tatsächlichen Auslastung der neuen Mensa am Goethe-Gymnasium soll diese auch für die Gesamtschule nutzbar sein. Die Errichtung der Gesamtschule wird nach einem Stufenplan erfolgen. Geplant ist ein Start der Gesamtschule zum Schuljahr 2012/2013 mit einem vierzügigen Einschulungsjahrgang, der im Gebäude der Gutenberg-Schule untergebracht wird. Die Errichtung steht unter dem Vorbehalt, dass die Aufsichtsbehörden die Finanzierung der erforderlichen Investitionen für die Errichtung einer Gesamtschule genehmigen.
- 3) An der Hauptschule Propst-Grüber-Schule, Auf der Liester werden zum Schuljahr 2012/2013 keine Eingangsklassen mehr gebildet. Die derzeitigen Schüler/innen der Hauptschule Propst-Grüber-Schule, Auf der Liester werden weiter an dieser Schule unterrichtet und dort ihren Abschluss machen. Danach wird die Hauptschule Propst-Grüber-Schule, Auf der Liester aufgelöst.
- 4) Ab dem Schuljahr 2012/2013 werden nur noch an der Hauptschule Kogelshäuserstraße Eingangsklassen einer Hauptschule gebildet.

Eines der Erfordernisse im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens gem. § 81 (3) Schulgesetz NRW ist die Darlegung einer anlassbezogenen Schulentwicklungsplanung. Der Schulausschuss hat in dieser Sitzung mehrheitlich beschlossen, die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes anzulassen und sich bewerbende Unternehmen bzw. Institute einzuladen, um ihr ausgearbeitetes Konzept im Schulausschuss zu präsentieren.

In der Sitzung des Schulausschusses am 07.07.2010 wurde der Beschluss gefasst, Hauptausschuss und Rat zu empfehlen, die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes durch ein externes Institut vornehmen zu lassen und aufgrund der vorgestellten Konzepte den diesbezüglichen Auftrag an das Institut Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, zu erteilen und die erforderlichen Ausgabemittel bereitzustellen.

Hauptausschuss und Rat haben in der Sitzung am 13.07.2010 entsprechend dem Beschluss des Schulausschusses einen einstimmigen diesbezüglichen Beschluss gefasst.

Der Bau- und Vergabeausschuss hat in seiner Sitzung am 01.09.2010 einstimmig beschlossen, den Auftrag für die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes an die Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, zu erteilen.

Der vorgelegte Schulentwicklungsplan der Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, wurde dem Schulausschuss sowie der Schulleiterkonferenz in den Sitzungen am 15.12.2010 und 24.02.2011 sukzessive vorgestellt.

Der Schulentwicklungsplan ist nach erfolgter Beschlussfassung gem. § 80 (1) SchulG NRW mit den benachbarten Schulträgern abzustimmen.

Zu 2: Errichtung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2012/2013

Allgemeines (Auszug aus dem Bildungsportal „Schministerium.NRW.de)

Die Gesamtschule arbeitet mit Kindern und Jugendlichen aller Leistungsstärken und hält Laufbahnentscheidungen möglichst lange offen. An den Gesamtschulen können alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden, die auch an der Hauptschule, an der Realschule und dem Gymnasium erworben werden.

Die Gesamtschule umfasst in der Sekundarstufe I die Klassen 5 bis 10 und in der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) zurzeit die Jahrgangsstufen 11 bis 13. Bei guten Leistungen können die Schülerinnen und Schüler ggf. direkt in die Jahrgangsstufe 12 wechseln. In die Klassen 5 bis 9 gehen die Schülerinnen und Schüler jeweils ohne Versetzung.

Der Unterricht in den Klassen 5 und 6 wird im Klassenverband erteilt. Er knüpft an Unterrichtsformen und -inhalte der Grundschule an.

Es gibt eine einheitliche gymnasiale Oberstufe an Gesamtschulen und Gymnasien.